

# Hamburgischer Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 2

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 7,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus-Draht-Str. 1. Fernspr. 5, 244.

Hamburg, den 12. Januar 1918

Anzeigen können die Anzeigenpreise nach  
paralleler oder deren Raum 50 Pfg. über  
Betrag 10 Rts vorher einzuführen.  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

## Das Barometer zeigt auf Sturm.

Im August 1914 der Weltkrieg ausbrach und unser Land rings von Feinden bedroht war, herrschte in den Schichten der Bevölkerung der feste Wille, Deutschland die Angriffe von außen zu verteidigen. Unser Land mußte um seine Existenz kämpfen, die Grundsätze unserer wirtschaftlichen und kulturellen Errenschaften in Gefahr, unsere Aufwärtsentwicklung stand in Gefahr, und da waren wir alle einig, daß es unsere Pflicht sei, uns schützend und schirmend vor das Vaterland zu stellen. Im Bewußtsein dieser Not gleit schwinden alle Unterschiede des Ranges und des Geschlechts, alle Gegensätze der Bestimmung und des Interesses. Zeitweilig war das Dichtwort zur Wahrheit geworden: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in der Not uns trennen und Gefahr!“ Und es schien tatsächlich, als ob alles Trennende durch den Sturm des Weltkrieges hinweggefegt worden sei.

Die einstimmige Stellungnahme der deutschen Arbeiterklasse zugunsten der Vaterlandverteidigung, die nicht einem Kriegslärm entsprang, sondern die ein Ausdruck der politischen Reife war, hatte die bürgerliche Gesellschaft aufs höchste überrascht und aufs angenehmste enttäuscht. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei war in den Mittelpunkt der Erörterungen getreten, und auf allen Seiten war man besüßelt über ihre vaterländische Haltung. Man erklärte offen, daß man sie arg verkannt habe, als man sie einer vaterlandsfeindlichen Gesinnung beschuldigte, und man gab das Versprechen ab, daß nunmehr eine Wandlung der Dinge eintreten solle und müsse. Die Arbeiter sollten als politisch gleichberechtigte und sozial gleichwertige Menschen in unserer Volksgemeinschaft gelten, und auch in wirtschaftlicher Beziehung sollte für ihr Gedeihen gesorgt werden. Eine starke demokratische Welle ging über unser Land dahin; allen Tüchtigen sollte die Bahn frei gemacht werden, und zumal den Arbeiterschichten sollte das Recht auf Mitarbeit und Mitbestimmung in allen öffentlichen Angelegenheiten eingeräumt werden. Jede Zurücksetzung der Sozialdemokratie erschien als überlebt und nicht mehr zeitgemäß, und als Grundgesetz wurde aufgestellt, daß die sozialdemokratische Gesinnung nirgends ein Hindernis sein dürfe, einen Menschen in einer staatlichen oder privaten Stellung zu beschäftigen. Außerdem wurde es für selbstverständlich erklärt, daß man der Arbeiterpartei seitens der Unternehmer in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen zeigen müsse.

Diese arbeiterfreundliche Stimmung war so stark, daß alle scharfmacherischen und reaktionären Elemente verstümmelt und sich in den Winkel verkrochen. Mit der feinen Bitterung, die diese Leute auszeichnet, verspürten sie, daß ein anderer Wind wehte und daß ihre Zeit bis auf weiteres vorüber war. Allmählich aber flaute die Begeisterung ab, das persönliche und das Klasseninteresse trat wieder in den Vordergrund. Den Angehörigen der bestehenden und bevorrechtigten Schichten jämmerlich die Einsicht auf, daß sie auf eine schiefen Ebene gelangten, wenn sie der Arbeiterklasse zu weit entgegenkämen. Es regte sich ihr Klassenbewußtsein, das zeitweilig getrübt worden war, und es erschien ihnen als eine Torheit, auf die bisherigen politischen Vorrechte und wirtschaftlichen Vorteile zu verzichten. Der in jedem Menschen liegende Zug, am Alten festzuhalten und sich dem Neuen zweifelnd oder gar feindselig gegenüberzustellen, ist besonders in den konservativen Kreisen sehr stark ausgebildet, und auf der andern Seite sehen die Leute aus den wirtschaftlich bevorzugten Kreisen Lust, sich ihr Einkommen schmälern zu lassen. Die Menschen sind sehr zartfühlend in bezug auf die Stellung in Staat und Gesellschaft, die sie einnehmen in bezug auf ihren Geldbeutel. Diese Einstellung wird von den Vorführern dieser Kreise natür-

lich noch aufgepeitscht, und so erklärt es sich, daß alle Versprechungen von jener Seite in den Wind geschlagen und daß alle guten Absichten vergessen worden sind. Die Scharmacher und die reaktionären Heißsporne haben Oberwasser bekommen und beherrschen die Lage.

Im preussischen Abgeordnetenhaus, der Hochburg des verbotenen Konservatismus, bringt man der Durchführung eines freiheitlichen Wahlgesetzes den heftigsten Widerstand entgegen. Der König von Preußen hat das allgemeine, gleiche Wahlrecht versprochen, die Regierung hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf ausgearbeitet und eingebracht, der noch nicht einmal ganz den Forderungen der Arbeiter entspricht. Und da müssen wir erleben, daß die „Stützen des Thrones“ und die Vorkämpfer des „guten, bewährten Alten“ gegen das neue Wahlrecht Sturm laufen und es in Grund und Boden verdonnern. Der Hinweis auf die Notwendigkeit, das bisherige Klassenwahlrecht in freierlichem Sinne auszugestalten und es dem Reichstagswahlrecht gleichzumachen, stößt bei diesen unbelehrbaren Leuten auf Spott und Hohn. Sie sagen, wenn eine Veränderung unseres Wahlrechtes nötig sei, so möge man das bisherige Reichstagswahlrecht rückwärts revidieren. Also nicht vorwärts zum gleichen Wahlrecht, sondern rückwärts zum Klassenwahlrecht, lautet ihre Parole. Leider finden diese Rückschritter auch noch die Unterstützung mancher Mitglieder der nationalliberalen und der Zentrumspartei, und selbst die halbwegs demokratisch gestimmten Mitglieder dieser Parteien wollen die Vorrechte der nach Bildung und Besitz maßgebenden Bevölkerungsschichten gegen den Ansturm und das Uebergewicht der Masse schützen. Da besteht denn wirklich geringe Aussicht, daß König und Regierung ihr Versprechen einzuhalten vermögen, und das preussische Volk wird auf die Zukunft verzweifeln.

Gleichlaufend mit der politischen Reaktion setzt auch eine rückläufige Bewegung auf dem wirtschaftlichen Gebiete ein. Die Scharmacher, die in den Unternehmerzeiungen ihr Untwesen treiben, sprechen es offen aus, daß es nicht mehr angängig sei, den organisierten Arbeitern ein freundliches Entgegenkommen zu beweisen. Sie verlangen vor allen Dingen eine Herabsetzung der während des Krieges „ungeheuerlich“ gestiegenen Löhne, trotzdem an eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise vorläufig gar nicht zu denken ist, sodann eine Einschränkung der Sozialpolitik und eine Verminderung des Einflusses der Arbeiter auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Um ihre Pläne verwirklichen zu können, empfehlen sie eine enge Verbindung der Unternehmer mit den Kriegervereinen und den gelben Arbeiterorganisationen, die nach Beendigung des Krieges eine große Ausbeutung gewinnen würden. Auf diese Weise hoffen sie die wirtschaftliche Abhängigkeit und Rechtlosigkeit der deutschen Proletarier zu verewigen.

Das sind zwei schlimme Wetterzeichen, die unser Staats- und Wirtschaftsleben deutlich kennzeichnen. Sie deuten entschieden auf Sturm, und wenn nicht alles trügt, und wenn nicht, was allerdings recht unwahrscheinlich ist, die Einsicht und der Wille der maßgebenden Kreise sich anders gestalten, als es gegenwärtig den Anschein hat, so gehen wir schweren Kämpfen entgegen, die unsern Wiederaufbau nach dem Kriege stellen. Mögen sich die Reaktionen und Scharmacher die Sache doch noch einmal reiflich überlegen; mögen aber auch die deutschen Arbeiter aus diesem Sturmzeichen die notwendigen Folgerungen ziehen!

## Unternehmer und Arbeiter.

Die künftige Gestaltung der Arbeiterverhältnisse verursacht den großen Unternehmern begreiflicherweise einiges Kopfzerbrechen. Wenn auch allgemein damit gerechnet wird, daß nach dem Friedensschluß große Arbeitslosigkeit eintritt, so hat man sich doch in industriellen Kreisen mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß die Massen, die im Felde gestanden haben, sich die früher übliche Lohnrückerei, die „Ausnützung der Konjunktur“ durch die Unternehmer nicht mehr gefallen lassen werden. Diesem Umstande ist

es wohl zuzuschreiben, daß jetzt in der größten bayerischen Unternehmerorganisation anders geredet wird, als man es dort sonst zu hören gewöhnt war. In der kürzlich abgehaltenen Hauptversammlung des Bayerischen Industriellenverbandes äußerte sich der Geschäftsführer Dr. Kuhl über die Arbeiterfrage in folgender Weise:

„Hierbei handelt es sich sowohl um die Lohnfrage als auch um die Gestaltung des zukünftigen Verhältnisses zur Arbeiterschaft und zu den Gewerkschaften. Was die Lohnfrage betrifft, so dürfte hier wohl ein allen Wünschen entsprechender Weg gefunden werden können. Während des Krieges wurden die Löhne fast durchweg nur vorläufig geregelt, das heißt, man hat in der Hauptsache an den alten, vor dem Kriege gültigen Lohnsätzen festgehalten und den durch die Verteuerung der Lebenslage notwendig gewordenen Ausgleich durch Gewährung von Kriegs- und Teuerungszulagen geschaffen. Man darf wohl annehmen, daß nach Eintritt normaler Verhältnisse für die meisten zum Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände eine erhebliche Senkung des Preisstandes gegenüber der gegenwärtigen Marktlage eintreten wird. Wenn sich dann einmal übersehen lassen wird, daß wir wieder auf einem gewissen Normalstande angekommen sind, wird man an eine endgültige Regelung der Löhne und Befreiung der außergewöhnlichen Zulagen herangehen können. Hierbei wird man dann selbstverständlich von dem Grundsatze ausgehen müssen, daß in keinem Falle unter das sogenannte Existenzminimum heruntergegangen werden darf, daß aber die breiten Schichten der gelerntten und für besondere Qualitätsarbeiten befähigten Arbeiter auch Anspruch auf eine entsprechend höhere Lebenshaltung haben. Bei Regelung dieser Fragen wird es vielleicht gar nicht so viel auf die absolute Lohnhöhe ankommen, als darauf, in welchem Verhältnis die Löhne zu denjenigen stehen, die von den mit uns konkurrierenden Ländern gezahlt werden müssen. Es ist für unsere Ausführungsindustrie nicht so wesentlich, ob der Produktionswert einer Ware, die wir vor dem Kriege für 10 erzeugt haben, in Zukunft 15 oder 20 sein wird, als daß unsere Mitbewerber auf dem Weltmarkt dieselbe Ware nicht unter 15 herstellen können. Geht es um die dauernde Beibehaltung eines Preisniveaus, dann wird auch die Lösung des Lohnproblems in Deutschland in einer befriedigenden Weise erfolgen können. Es müssen sich eben auch die Arbeiter darüber klar sein, daß es sich nicht darum handelt, welchen Lohn der Unternehmer zu zahlen bereit ist, sondern bis zu welcher Höhe er gehen kann, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Eine der schönsten Folgen des Krieges würde es sein, wenn auch die beiden bisher feindlichen Lager in der Industrie, Arbeitgeber und Arbeiter, zu einer Verständigung kommen würden. Zu diesem Zweck wird es aber vor allem notwendig sein, daß der Unternehmer den Lebensinteressen des Arbeiters volles Verständnis entgegenbringt und daß der Arbeiter die Tätigkeit des Unternehmertums richtig würdigen lernt, daß er allmählich erkennt, daß seine Interessen mit denen des Unternehmertums völlig solidarisch sind. Eine blühende Industrie ist die Voraussetzung für hohe Löhne und das Wohlergehen des Arbeiters. Es wäre eine dankbare Aufgabe der Gewerkschaften, wenn sie in richtiger Erkenntnis der wahren Interessen der Arbeiter diese Verständigung fördern und dazu beitragen würden, die Gegensätze auszugleichen. Die Gewerkschaften mögen zeigen, daß sie zur sachlichen Mitarbeit bereit sind und ihre Hauptaufgabe nicht in der Aufrechterhaltung einer feindseligen Stimmung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sehen.“

Herr Dr. Kuhl macht die in Aussicht gestellte wohlwollende Lohnpolitik der Unternehmer von bestimmten Voraussetzungen abhängig. Dabei ist sein Appell an die Gewerkschaften bemerkenswert.

Das stimmt freilich nicht ganz überein mit der Art, wie die Industriellenorganisation früher den Arbeiterorganisationen entgegengetreten ist. Von den Gewerkschaften, deren Einfluß man bisher systematisch zu untergraben gesucht hat, verlangt man nun, daß sie in der denkbar schwierigsten Situation auf die Arbeiter einwirken. Es scheint, daß man im Industriellenverband wenigstens in diesem Punkte stark umgelernt hat. Goffentlich entschließt man sich nun auch freiwillig, die Gewerkschaften in jeder Hinsicht als Vertretung der Arbeiter und ihrer Interessen anzuerkennen, und wartet nicht erst, bis man auch dazu gezwungen wird. Ein weiteres Festhalten an der alten scharfmacherischen Herr-im-Hause-Politik würde erneut schwere Kämpfe hervorrufen, die nicht geeignet sind, die Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern zu erleichtern. An den Arbeitern aber liegt es nun, bei der Regelung der Lohnverhältnisse, ihren Einfluß geltend zu machen. Das kann aber nur durch ihre Organisationen geschehen. Je stärker und geschlossener diese sind, desto nachhaltiger ihr Einfluß.



### Die Arbeiterlöhne müssen erhöht werden.

Eine außerordentlich gute und sichere Grundlage zur Verwirklichung der tatsächlichen Lohnverhältnisse bilden die von der Leipziger Ortskrankenkasse alljährlich veröffentlichten Lohnstatistiken. Sie sind besonders in der letzten Zeit geeignet, die Ergänzungen von den mährischen Gehilfen Arbeiterlöhnen auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Nachstehend seien die im September der Jahre 1913, 1916 und 1917 für die männlichen Pflichtmitglieder ermittelten Löhne einander gegenübergestellt. Freilich muß bei diesem Vergleich berücksichtigt werden, daß die drei obersten Klassen, die in den Statistiken für 1916 und 1917 getrennt geführt werden, in der Statistik von 1913 noch in einer Klasse zusammengefaßt waren. Die immer stärker werdende Befestigung dieser Klasse ließ eine Differenzierung nicht unzulässig erscheinen.

Es befanden sich von den männlichen Pflichtmitgliedern in den folgenden Betrags- (Lohn-) Klassen:

	Septbr. 1913		Septbr. 1916		Septbr. 1917	
	überhaupt	in %	überhaupt	in %	überhaupt	in %
I. M. 5,51 und mehr...			28610	42,6	35685	61,4
II. " 5,01 bis 5,50 ...	72708	55,7	5117	8,2	2694	4,8
III. " 4,51 " 5,00 ...			6541	10,5	3363	5,8
IV. " 4,01 " 4,50 ...	14440	11,1	4098	6,6	1750	3,0
V. " 3,51 " 4,00 ...	14165	10,8	3216	5,2	1836	2,8
VI. " 3,26 " 3,50 ...	4576	3,5	1402	2,2	910	1,6
VII. " 2,51 " 3,25 ...	6981	5,3	2259	3,6	1454	2,5
VIII. " 2,50 und weniger	4942	3,8	1960	3,1	1991	2,4
IX. Jugendl. mit weniger als M. 1,50 und Kinder unter 14 Jahren	12883	9,8	11248	18,0	9509	16,4
Gesamtzahl der Pflichtmitgl.	130640		62444		58041	

Den obersten drei Klassen Tagesverdienst über M. 4,50 gehörten an: 1913 55,7 pSt. aller männlichen Pflichtmitglieder, 1916 61,3 pSt. und 1917 71,8 pSt. Das heißt also, daß seit 1913 eine um etwa ein Viertel stärkere Befestigung der drei obersten Lohnklassen eingetreten ist. Naht man nur die erwachsenen männlichen Arbeiter ins Auge, so ist der Anteil der drei obersten Lohnklassen nur ein Drittel gestiegen. Das ist allerdings ein Fortschritt, der aber zu einem Nichts zusammenschumpft, wenn man demgegenüber die unerhörte Verteuerung aller Lebensbedürfnisse in Betracht zieht. Es ist zu bedauern, daß die jetzige oberste Klasse, die also 61,4 pSt. aller Pflichtmitglieder umfaßt, nicht schon weiter geteilt worden ist. Das würde sowohl im Interesse der Krankenkassen, die dadurch erhöhte Einnahmen hätten, als auch im Interesse der Versicherten selbst liegen, die in Krankheitsfällen ein ihrem Einkommen mehr entsprechendes Krankengeld bekämen. Man wäre dann aber auch in der Lage, festzustellen, ein wie großer Teil der Arbeiterschaft eigentlich jene mährischen Löhne, von denen so viel erzählt wird, bezieht. Noch immer mußten sich in Leipzig 14 pSt. der erwachsenen männlichen Pflichtmitglieder mit einem Tagesverdienst von weniger als M. 4,50 begnügen. Daß das unter den heutigen Verhältnissen, besonders wenn damit noch eine Familie ernährt werden soll, nicht viel anderes bedeutet als den nackten Hunger, liegt auf der Hand.

Noch weniger erfreulich ist natürlich das Bild, das die Entwicklung der weiblichen Arbeitslöhne bietet. Der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtmitgliederzahl der Kasse ist im Laufe des Krieges gewaltig gestiegen. Während 1913 nur 60 194 weibliche Pflichtmitglieder gleich 11,8 pSt. aller Mitglieder gezählt wurden, waren es 1916 106 667 gleich 49,3 pSt. und 1917 72 114 gleich 55,5 pSt. Von diesen Mitgliedern waren in den oberen vier Klassen Tagesverdienst über M. 4) versichert: im September 1914 3 pSt., 1916 6,4 pSt. und 1917 19,7 pSt. Ueber M. 5,50 verdienten im September dieses Jahres 4,3 pSt. gegen 1,7 pSt. im Vorjahre.

Dagegen hatten einen Lohn von M. 1,51 bis M. 2,50 22,5 pSt., von M. 2,51 bis M. 3 27,7 pSt. und von M. 3,51 bis M. 4,50 19,7 pSt. Bei den weiblichen Arbeitern kann also noch weniger als bei den männlichen die Rede davon sein, daß ihr Einkommen mit der Entwicklung der Warenpreise Schritt gehalten habe, wenn auch einzelne Arbeiterinnen heute Löhne verdienen, wie sie früher nur von männlichen Arbeitern erreicht wurden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die große Mehrzahl der weiblichen Arbeiter heute schwere Männerarbeit schafft, die ihre Kräfte verbraucht und ihrer Gesundheit oft genug den verderblichsten Einflüssen aussetzt.

### Mehr Lohn für Lehrlinge.

Die Zahl der Lehrlinge nimmt in jämmerlichem Maße ab. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter nimmt ebenso schnell zu. Die Ursache dieser Verschiebung ist von uns oft benachteiligt worden. Man entschädigt die Lehrlinge noch den bestmöglichen Lohnbestimmungen mit oft nur M. 3 bis M. 6 die Woche, während der nebenan stehende jugendliche Arbeiter im gleichem Alter und bei gleicher Arbeitsleistung M. 20 bis M. 40 die Woche verdient, manchmal noch mehr. Es ist ja richtig, daß ein Mann, der eine regelrechte Beruflehre durchgemacht hat, später meist bessere und schwerere Arbeit findet als ein ungelernter Arbeiter; aber die jetzige große Kriegsteuerung zwingt viele Eltern, sich über diese Zukunftsjahre trotz aller Ermahnungen hinwegzusetzen. So werden denn viele Lehrlinge aus ihrer Lehre gerissen und in die Munitionindustrie gesteckt.

Der Lehrlingsmangel ist schon so groß geworden, daß viele Handwerksmeister eine Forderung erheben, die man nicht von dieser Seite nie gehört hat: Mehr Lohn für die Lehrlinge! So hat eine Vollversammlung der Handwerkskammer in Coblenz eine bessere Entlohnung der Handwerkslehrlinge und eine intensive Ausbildung im Handwerksbetrieb gefordert. Nur so könne sich das Handwerk den

In Fürth beschäftigte sich Ende vorigen Jahres der Magistrat mit der Lehrlingsfrage. Nicht nur in den Handwerksbetrieben und in den Fabriken, sondern auch in den kaufmännischen Betrieben sei ein starker Rückgang der Lehrlingszahl zu beobachten. Der Stadtschulrat Müller gab offen zu: Diese Verschiebung in der Beschäftigung sei zu bedauern; aber sie finde ihre Erklärung darin, daß die Mehrzahl der noch in einem festen Lehrverhältnis stehenden Schüler ebenfalls mit der Herstellung von Kriegswartikeln, bei weit geringeren Löhnen als die jugendlichen Hilfsarbeiter, beschäftigt werden. Er sprach daher den Wunsch aus, daß solche Lehrherren im Interesse des Gewerbes die Entlohnung der Lehrlinge entsprechend ihren eigenen Verdiensten bei Kriegswartikeln aufbessern sollten.

Mit andern Worten: Zahlreiche Lehrherren heuten ihre Lehrlinge ganz schamlos aus. Sie enthalten den Lehrlingen die eigentliche Berufsausbildung vor, beschäftigen die jungen Leute mit der Herstellung von Kriegswartikeln, zahlen ihnen dafür Hungerlöhne und stecken selbst große Gewinne ein. Es ist sehr erfreulich, wenn nun auch Stadtschulräte und weitblickende Handwerksmeister auf die vorliegenden Mißstände hinweisen.

Keinesfalls kann man diese Mißstände so beseitigen, wie das stellvertretende Generalkonmando in Coblenz vorschlug, das den Lehrlingen unter Strafandrohung den Bruch des Lehrvertrages verbietet. Nachdem nun von Handwerkern und Behörden die ungenügende Entlohnung der Lehrlinge zugestanden wird, sollten die Lehrherren zur Zahlung von Löhnen gezwungen werden, die ihrem eigenen Verdienst und dem Wert der Arbeit entspricht, die die Lehrlinge in den meisten Fällen den Lehrherren leisten. Ueberhaupt ist eine gründliche Regelung des Lehrlingswesens nicht mehr zu umgehen.

### Begabung und Schulwesen.

Vor dem Kriege wurde das Bild von der Vollkommenheit des deutschen Kulturlebens in sehr hoher Tonart gezeichnet, und es gab da Apostel, die so ziemlich alles, was jenseits unserer Grenzgebiete an geistiger und materieller Arbeit geschaffen wurde, als minderwertig klassifizierten und den Glaubenssatz vertraten, daß Deutschland in jeder Beziehung an der Spitze marschierte. Und doch blieb auch bei uns sehr viel zu wünschen übrig. Keineswegs waren die politischen und sozialen Forderungen der breiten arbeitenden Masse bis zu dem Grade erfüllt, daß nichts mehr zu tun übrig blieb. Ein stark entwickelter Massengeist teilte die Bevölkerung in unterschiedliche Schichten, deren Lebensformen grundverschieden waren. Das gesellschaftliche Abgrenzungssystem hatte unübersteigbare Grenzen zwischen den einzelnen Schichten geschaffen; die Vertreter der offizienten Welt, die oberen Klassen, hatten mit dem Leben der breiten Volksmassen kaum Berührungspunkte, und nirgendwo war wohl der Kontakt von unten herauf so schwierig, wie in Deutschland. Vom demokratischen Geiste, der den Menschen einen Menschen sein läßt und den Wert der Persönlichkeit auch dann anerkennt, wenn diese Persönlichkeit in niedriger Sphäre geboren wurde, waren sehr weite Kreise doch recht weit entfernt. In gewissen Schichten galt das Einjährigengewandnis als die Mindestbedingung gesellschaftlicher Veranlagung, und man hielt strenge Distanz gegen jeden, der in seinem äußeren Bildungsgange unterhalb dieser Grenze stand. Und wie im gesellschaftlichen Verkehr, so hatte sich auch im Berufsleben ein Zustand entwickelt, der den beruflichen Aufstieg begabter Menschen zur Unmöglichkeit machte oder zum mindesten stark erschwerte, wenn der schulmäßige Befähigungsnachweis fehlte. Für zahlreiche Berufe war der Besitz des Einjährigengewandnisses die Vorbedingung für die Anwartschaft, und es fand von vornherein kein Schüler der Volksschule Aufnahme. Das Befähigungswesen hatte sich zu einem Schematismus entwickelt, der Persönlichkeitswerte, Merkmale angeborener Intelligenz und Begabung, nicht gelten ließ, sondern den von der Schule abgestempelten Befähigungsnachweis verlangte. Und doch war dieses Schulzeugnis oft genug kein Befähigungsnachweis für den erwählten Beruf, und es stellte sich heraus, daß der junge Mann in keiner Weise über den Durchschnitt der Menschheit hinausragte, ganz abgesehen von den Fällen, in denen der Anwärter geradezu ungeeignet war und nicht einmal eine mittelmäßige Begabung mitbrachte.

Dieser Erscheinung stand die Tatsache gegenüber, daß zahllose, von der Natur mit vorzüglichen Geistesgaben und Charaktereigenschaften ausgestattete Menschen nicht in den rechten Wirkungskreis gelangen konnten, nicht den Beruf ausüben durften, der ihrer Veranlagung und Leistungsfähigkeit entsprach, weil ihnen ihre Eltern den Besuch der höheren Lehranstalt nicht zuteil werden lassen konnten, weil sie nicht in der Lage waren, den vorgeschriebenen Befähigungsnachweis der Schule zu erbringen. Das bedeutet eine dauernde Beeinträchtigung der Erwerbsmöglichkeit und ist in volkswirtschaftlicher Hinsicht höchst unwirtschaftlich. Denn für die Entwicklung des einzelnen sowohl wie für die Gesamtheit ist es durchaus wünschenswert, daß jeder an dem Maße teilhat, der seinen Fähigkeiten entspricht und daß jeder in beruflicher und gesellschaftlicher Beziehung die Entwicklungsstufe erreicht, auf die er vermöge seiner natürlichen Begabung einen Anspruch hat.

Leider hatte die konventionelle Gesellschaftsmoral hier sehr viele künstliche Schranken errichtet, und eines der größten Hindernisse war das auf dem Unterrichtswesen beruhende Befähigungssystem. Das mag vielen paradox klingen. Die Anhänger des Systems meinen, daß ja gerade die Bedingung des Befähigungsnachweises die Gewähr dafür bietet, der befähigten und strebsamen Jugend den Eintritt in die besseren Berufe zu sichern. Das ist richtig bis auf diejenigen, die nicht befähigt sind und doch die höhere Schule besuchen. Es handelt sich aber darum, daß auch diese letztere Kategorie Eingang in die bevorzugteren und besserbezahlten Berufe findet. Wenn man dieser Tatsache die Ercheinung gegenüberstellt, daß begabte Menschen, deren Jugendentwicklung sich außerhalb der höheren Lehranstalt vollzog, an der Betätigung ihrer Gaben und an der Ausübung gewinnlicher Berufstätigkeit anknüpfen konnten,

Berufe verhindert sind, so ist das doch im psychologischen und wirtschaftlichen Sinne ein böses und schädliches Faktum.

Es ist in der Vergangenheit übersehen worden, daß Befähigungswesen auch recht schädliche Wirkung dem es errichtet künstliche Schranken und läßt Klüftung der Existenz derjenigen, die nicht in ihnen, ihre natürliche Begabung durch das Befähigungswesen bestrafen und abgestempeln. Wer fragt nach der Befähigung des begabten Schülers? Leute, die den Anspruch erheben, ernst zu werden, werden antworten müssen, daß die Befähigung höherer geistiger Veranlagung auch in armer Leute bestellt und daß der Besitz intelligenz unabhängig von dem Umstande ist, ob in der Lage sind, den Besuch der höheren Lehranstalt zu ermöglichen. Keineswegs finden sich in den höheren Schulen nur ausgeübte Intelligenzen zusammen; keineswegs ist die durchschnittliche natürliche Begabung der Volksschüler geringer als die der höheren Schulen, wie unterschiedlich sind die späteren Bedingungsfortkommen! Dem höheren Schüler stehen die Fortkommen, die für den Volksschüler überhaupt nicht kommen, und dieses Vorrecht steigert sich zum Unrecht, wenn bei dem Volksschüler eine ungenügende geistige Veranlagung vorliegt als bei dem höheren Schüler. Daß solche Mißverhältnisse bei nicht in Abrede gestellt werden. Dem höheren Schüler seinen Befähigungsschein mit Mühe und Not hat, stehen die Türen offen, und einmal im Bilde auch dann drinnen, wenn sich später erweist, gerade zu den geistig Hervorragenden seines Landes. In solchen Fällen erweist sich doch, daß Befähigungswesen Vorrechte gewährt, die psychologisch nicht gerechtfertigt sind, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Typus des Durchschnittsmenschen in der Volksschule, so ergibt sich, daß die höhere Schule lingen bei gleicher geistiger Veranlagung von bessere Vorbedingungen für den Eintritt in den für die spätere soziale Stellung günstigsten, als Volksschule der Fall ist. Es gibt natürlich eben gerade das wollen. Das Vorrecht findet bei eifrigere Verechter als das Recht, und von der und Wichtigkeit von Privilegien sind immer die tiefsten überzeugt, die den Vorteil davon haben.

Wenn aber das deutsche Kulturleben vor von Leuten, die der Pflicht der Kritik aus dem Mangel leuchtendes Vorbild geschilbert wurde, so muß über doch mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß es sich hier zum mindesten um eine Einwirkung die dringende Reform bedarf. Wenn es Wählt, die Unbefähigten und Mittelmächtigen in Wahl und in der Laufbahn gegenüber den Befähigten, wenn dem mittelmäßig veranlagten Schüler eine Anwartschaft auf Berufe erlangt höhere Ansprüche an die intellektuelle Leistung stellen, während dem hochbegabten und durch Berufenen Volksschüler diese Anwartschaft verweigert ist, das eine Kulturbarbarei, die im psychologischen, in wirtschaftlicher Beziehung schädlich wirkt, wird der Begabte sich auch unter äußeren Umständen seinen Weg zu bahnen können, die Verhältnisse nicht oft doch stärker als die und ist nicht mancher Hochbegabte im zermürbenden um die Geltendmachung der Persönlichkeit gegenübergestellt.

Dem begabten Schüler der höheren Lehranstalt reiche Entwicklungsmöglichkeiten offen und das Recht. Denn daß die Intelligenzen in die bevorzugten Stellen gelangen, ist dringend. Aber welche Kluft zwischen ihm und dem begabten der Volksschule, der bei gleicher Veranlagung gleichen äußeren Bedingungen eine gleiche Laufbahn zurücklegen können. Und das Unrecht, das die hier gegen den einzelnen begeht, vergrößert sich begabte, aber in der Entwicklung verkrüppelte sein Schicksal dem besseren Los des mittelmäßig begabten, aber durch den Befähigungsschein der Lehranstalt bevorzugten Angehörigen der Befähigung gegenübergestellt.

Hier hat in der Vergangenheit ein von geschaffener Schematismus gehandelt. Werden in der Zukunft die Intelligenzen freigegeben? Werden Einrichtungen geschaffen, einen Aufstieg der Begabten gewährleisten? Die Logik der Psychologie den innerlich Berufenen, von ihrem sozialen Herkunft, eine Möglichkeit und sozialer Entwicklung, die ihrem Persönlichen spricht, geboten werden?

Man sollte meinen, daß dieser opferreiche Notwendigkeit einer solchen Reform erweist. Anspruch, daß den Tüchtigen die Bahn freigegeben soll, hat der Reichskanzler die moralische Grund dieser Reform geschaffen, und das Wort von Widerhall im ganzen Lande. Die Volksschule hört glauben wollen wir erst verlieren, wenn wir selb praktische Umgestaltung der Verhältnisse ausbleibt.

Als der Reichskanzler das Wort aussprach, nicht nur an eine Reform des Schulwesens, sondern die Schule die Grundlage des ganzen Kulturbauens; aber wo es sich um die Entwicklung der Intelligenzen handelt, um die freie Bahn der muß auch sonst im praktischen Leben noch mehr niedergelegt, manches Vorurteil überwunden und wir zu Verhältnissen kommen wollen, die der Begabung der Menschen eine freiere Entwicklung leisten, als es bisher der Fall war.

Unbedingt muß der mindeste Punkt unweigerlich durch eine bessere Einrichtung erreicht werden abgesehen davon, daß der Einfluß, ob höhere oder Volksschule in Frage kommt, viel mehr stand der Eltern als von der Begabung des Kindes fällt die Entscheidung hierüber in ein so frühes des Kindes, daß niemand voraussehen kann, wie Entwicklung dem Kinde bevorzieht. Die Intelligenz der höheren Berufe wird nämlich schon im Kindesalter verteilt, an dem Tage, da die Kinder fähig sind. In so frühem Lebensalter jedoch sich die



Versene und Unberufene, in Verehrte und Unberuhigt. Durch den äußeren Zufall, ob die Einschulung für höhere Schule oder für die Volksschule in Betracht kommt, ist ganz gewiß die Frage der natürlichen Begabung entschieden. In einem so frühen Lebensalter läßt sich hierüber überhaupt nichts sagen. In einem Alter, in dem die Begabung sich mit größerer Sicherheit feststellen läßt, die moralischen und geistigen Kräfte aber erst wachsen, verläßt der Volksschüler bereits die Schule. Und zeit die Frage der Befähigten in Betracht kommt, war die große Schuld der Vergangenheit, daß es in einem hiesigen von 14 Jahren für den Volksschüler schon zu früh für den Anschluß an die höhere Lehranstalt war. Wenn die Begabung wirklich entscheidend sein soll, dann muß sie in dem Entwicklungsstadium des Kindes den Zeitpunkt werden, der mit annehmender Sicherheit ein Urteil über die Begabung ermöglicht. Das ist im 14. Lebensjahre freigelegter der Fall als im 8. Lebensjahre. Und dann lassen sich die äußeren Einrichtungen geschaffen werden, die den Übertritt in den höheren Bildungsgang gestatten, wenn fehlte es bisher. Wir brauchen eine höhere Lehranstalt, die sich im Lehrplan und Aufbau an die achtjährige Volksschule anschließt. Auf diesem Wege kann eine zweifelhafte Überführung der begabten Jugend in die höhere Lehranstalt, die besseren Bildungsmöglichkeiten und spezialisierteren Berufe stattfinden.

Nur das praktische Leben aber möge, wirksamer als in der Vergangenheit, die Erkenntnis zur Geltung kommen, daß die Begabung, insbesondere die Begabung für einen bestimmten Beruf, sich nicht immer an den Merkmalen erkennen läßt, die der Schule zu Gebote stehen. Eine gewisse Bedanterie, den Auszubildenden den Preis zu verleihen, wird die Freude mit ganz überwinden können. Damit ist aber für das praktische Leben nichts gewonnen. Notwendig ist es, daß die Begabung von der Schulfrage, erweiterte Aufsteigsmöglichkeiten dort geschaffen werden, wo sich die Begabung in den beruflichen Betrieben zu erkennen gibt. Hier hat der Volksschüler in der Schule höherer Stufe hemmend gewirkt. In manchen Fällen mußte im Berufsleben gegenüber privilegierten Mittelmäßigkeiten zurückbleiben. Reformen, die die Überwindung von Vorurteilen zur Voraussetzung haben, sind eine große Aufgabe und können nur dann zum Erfolg gelangen, wenn das Vorurteil gegen die Volksschule überwunden wird. Bei aller Anerkennung, die der Volksschule im Hinblick auf die Allgemeinbildung gezollt werden muß, bedarf es doch der Feststellung, daß die Volksschule für das Fortkommen sehr vieler Befähigten das stärkste Hindernis war. Die Gesellschaftsmoral war auf die Tatsache, daß es auch außerhalb der höheren Lehranstalten Bezugs gibt, nicht eingestellt. Soll es hierin in Zukunft besser werden, so ist das nicht allein durch Reformen zu erreichen, die in Vorlesungen und Paragrafen festgelegt werden, sondern die gesellschaftlichen Anschauungen müssen sich zu liberalen Grundtönen behelfen, und das öffentliche soziale Bewußtsein muß stärker als bisher von dem Verantwortungsbewußtsein für die Begabten der unteren Klassen durchdrungen werden.

### Baugewerbliches.

Ueber die Aufgaben der Kleinwohnungsprovision nach dem Kräfte sprach Oberbürgermeister Dominikus, Schöneberg bei Berlin. Er ging aus von dem Wohnungsmangel, der sich an vielen Orten zu einer Wohnungsprovisionsfrage auszugestalten droht. Da eine Wohnungsprovision nicht in Frage kommt, müßten Notstandsmassnahmen ansetzen. Als solche kommen zum Beispiel in Frage die Aufteilung von Läden in Wohnungen und die Durchführung der Wohnungsreform, um den schlimmsten Mangel abzuheben. Neue Baupläne sollten schon jetzt vorbereitet werden. Wichtigstwert sei die Schaffung städtischer Wohnungsbestimmungen für den Wohnungsbau ähnlich wie sie eine preussische Verordnung vom 7. November 1914 für die Kulturbüro der Ostprovinzen aufstellte. Bei der Lösung der Arbeiter- und Rohstofffrage sei die Mithilfe der Militärbehörden erforderlich. Bei der Beschaffung der Geldbeschaffung bringt der Vorschlag, die Leberhöhlen der Sparkassen als Zinszuschüsse zur leichten Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien zu verwenden. Zu warnen sei vor Miethöhen, da wir mit den Höchstpreisen keine guten Erfahrungen gemacht haben. Ein Teil der Schuld an der bisherigen Lage liegt in Fragen der Wohnungsprovision, die Verteilung der Zuständigkeit auf sechs Ministerien. Zu fordern sei die Schaffung eines Staatskommissars für das Wohnungswesen, dem ähnlich wie auf dem Gebiet der Volksernährung, die alleinige Zuständigkeit und Verantwortung während der Uebergangszeit anzuvertrauen sei.

### Gewerkschaftliches.

Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm der deutschen Gewerkschaften. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat im Einvernehmen mit der Konferenz der Verbandsvorstände die Wünsche der Arbeiterschaft auf dem Gebiete sozialpolitischer Reformen programmatisch zusammengefaßt und, in einer Denkschrift zusammengestellt, den beteiligten Körperschaften des Reiches und der Landesregierungen überreicht. Die Denkschrift führt den Titel: „Sozialpolitisches Arbeiterprogramm der deutschen Gewerkschaften“ (Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm). Sie umfaßt 18 Gruppen von Forderungen, die sich erstrecken auf die sozialpolitische Organisation und Statistik, die Arbeitervertretung, das Organisationsrecht, das Tarifvertragsrecht, die Schlichtergerichte und Einigungsämter, das Arbeitsrecht, den Arbeiterschutz und die Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsvermittlung, das Genossenschaftswesen, die Staats- und Monopolverträge, die Wirtschaftspolitik, die internationale Sozialpolitik, die Volksernährung, die Wohnungsfürsorge, die Volkshygiene und die Volkserziehung.

Die Gewerkschaftsforderungen auf diesen Gebieten sollen helfen, das neue Deutschland der vollen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft aufzubauen. Sie sollen eine Neuorientierung der Sozial- und Wirtschaftspolitik herbeiführen und die friedliche Neuschöpfung des Reiches gestalten helfen. In der Begründung haben die Gewerkschaften ausdrücklich hervor, daß Steuerfragen, Wehrpflicht und vor allem das Wahlrecht die Arbeiter in noch höherem Maße interessieren als diese sozialpolitischen Fragen. Sie bekennen sich zu dem Worte des Professor Richter: „Wohlfahrt und Versorgungseinrichtungen sind gut, allgemeine Teilnahme des Volkes am Staat, politische Gleichberechtigung, Einheit von Volk und Staat, kurz Demokratie in diesem Sinne sind besser.“ Aber sie betonen zugleich das besondere Interesse der Gewerkschaften an wirtschaftlichen Schutz der Schwachen und wollen die im sozialpolitischen Arbeiterprogramm aufgestellten Forderungen zum Gegenstand einer großzügigen Propaganda machen. Das Arbeiterprogramm soll daher zugleich als Agitationschrift in Massen verbreitet werden und durch zahlreiche Kundgebungen der Arbeiter- und Angestelltenvereine zu seinen Gunsten das nötige Gewicht erhalten.

bei unveränderten Beitragsätzen die Krankenunterstützung um 1/1000 pro Woche gekürzt werden soll. Die Abstimmung wird in der Zeit vom 10. bis 16. Januar vorgenommen werden. Der Verband erhob bereits zum letzten einen Kriegszuschlag, der, falls die Erhöhung zur Annahme gelangt, beibehalten werden soll. Von den Mitglidern stehen über 28.700 im Felde, was eine bedeutende Verminderung an Einnahmen verursacht.

Abstimmungen über Beitragserhöhung. Im Verlauf der Aupfernahme wurden 225 Stimmen abgegeben. Davon waren 225 für die vorgeschlagene Beitragserhöhung um 15 % die Woche. Die Neuregelung tritt demnach vom 1. Januar d. J. ab in Kraft. — Die Abstimmung im Holzarbeiterverband ergab, daß 36.368 Mitglieder für 11.172 gegen die Erhöhung der Beiträge gestimmt haben. Die neuen Wochenbeiträge treten am 1. Januar 1918 in Kraft. Das Anrecht auf die erhöhten Unterstellungen erwerben die Mitglieder nach geschlossener 26 Wochenbeiträge, frühestens also vom 1. Juli 1918 an. Bis zu diesem Zeitpunkt, das heißt solange das Mitglied noch keine 26 Wochenbeiträge entrichtet hat, bleiben die alten Unterstellungsätze in Geltung. Die nach Beendigung des Krieges und nach erfolgter Demobilisation des Heeres zurückkehrenden Mitglieder erfüllen die Wartepflicht für die erhöhten Unterstellungen, sobald sie 12 neue Wochenbeiträge entrichtet haben.

Der Verband der Feiler und Maschinenisten konnte am 1. Januar auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken. Im November 1892 trafen in Berlin die Delegierten der verschiedenen Landesverbände, um einen Verband zu gestalten. Mit dem 1. Januar 1893 trat diese zentrale Organisation ins Leben. Die Entwicklung des Verbandes ging mit schnellen Schritten vorwärts. Bei der Gründung 1900 Mitglieder, zählte er vor dem Kriege 20.207 Mitglieder. Der Krieg bezimmerte auch die Reihen seiner Mitglieder. Doch ist mit dem Jahre 1916 der Tiefstand in der Werksamkeit der Organisation überschritten, während die Finanzlage eine stetig bessere wurde. Der Verband hat durch ein gut ausgebautes Unterstützungsunternehmen für den Schutz seiner Mitglieder bei wirtschaftlicher Notfällen gesorgt, wie er denn auch im besonderen durch zahlreiche geschickte Lohnbewegungen eine beachtenswerte Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder erwirkt hat. Nicht minder erfolgreich waren seine Bemühungen für einen besseren geschlossenen Arbeiter-Schutz, der in diesem Bereich eine besondere Wichtigkeit hat, aber auch viel zu wünschen übrig ließ. Dazu kam, daß in den meisten Betrieben bei einem bescheidenem bemessenen Wochenlohn die Arbeitszeit eine fast unbeschränkte war; auch an Sonn- und Feiertagen war der Feiler und Mechaniker infolge seiner „Vorstellung“ meist zur Arbeit verpflichtet.

Die Organisation hat in der Zeit ihres fünfzigjährigen Bestehens auf all diesen Gebieten manche Kulturarbeit geleistet. Nicht geringen Anteil an dieser mühevollen gewerkschaftlichen Arbeit hat der Genosse Bischnick, der zuerst als unbesoldeter Vorsitzender, später als besoldeter Vorsitzender und Redakteur, und jetzt nur als Redakteur des Verbandsorgans und der fachtechnischen Zeitschrift dem Verbands 25 Jahre im Treuen dient.

Ueber Löhne und Lebenskosten der Metallarbeiter hat kürzlich die „Metallarbeiterzeitung“ sehr lehrreiche Angaben veröffentlicht. Sie stützen sich auf Erhebungen in Berlin, Cöln, Essen, Breslau usw. Nach Düsseldorfer Erhebungen sind die Stundenlöhne von 14 Metallarbeitergruppen, darunter die bestebehalten, durchschnittlich von 88,47 % im Jahre 1913 auf 99,18 % im 1917 (Juli-August) oder 75,50 % gestiegen. Demgegenüber wird über die Kosten der Lebenshaltung ausgeführt: Nach Kölner Befragte die Verteuerung der Lebensmittel in Düsseldorf schon im Juni 1917 135 vom Hundert. Düsseldorf liegt damit an der Spitze. Dabei werden von der Statistik die im Großhandel erzielten Preise, auf die der Arbeiter mit angewiesen ist, nicht erfasst. Diese Preise sind aber bis zu 1000 vom Hundert gestiegen. Ein Pfund Fett kostete im Sommer 1917 12. Ähnliche Preise verlangt man für Butter, Speck, Fleisch, Hülsenfrüchte usw. In welcher Weise andere Bedarfsgüter in der Preisleistung sind, dafür führen wir nachstehend einige Waren an. Bei der Gegenüberstellung ist die gleiche Güte der Waren in Betracht gezogen:

	1913 in Mark	1917 in Mark	nach n. S.
Kost und Logis für ledige Arbeiter ...	2,—	4,50	125
Ein blauer Arbeitsanzug .....	6,—	45,—	700
Ein baumwollenes Hemd .....	2,50	20,—	700
Ein Anzug .....	70,—	250,—	250
Ein Paar Stiefel .....	15,—	50,—	235
Ein Hut .....	6,—	20,—	235
Ein Frauenkleid .....	50,—	100,—	200
Ein Zentner Kohlen .....	1,10	2,70	145

Diese Liste läßt sich beliebig verlängern. Wir haben nur das Allernotwendigste und am nächsten Liegende angeführt. Möbel, Wäsche und Hausrat aller Art sind genau in derselben Weise gestiegen. Es gehört schon eine eiserne Stirn dazu, in Anbetracht dieser Tatsachen, die doch jedermann bekannt sind, von einer ungeheuren Höhe des Lohnes zu reden. Viele Dinge sind so selten geworden und so teuer, daß sie überhaupt nicht mehr zu kaufen sind. Wer kann sich zum Beispiel Bettwäsche kaufen, die um etwa 800 vom Hundert im Preise gestiegen ist? Es wäre dabei wohl eine Selbstverständlichkeit, für diese Zeit, wenn wieder Waren ins Land kommt, Geld zurückzuliegen. Aber wie viele können das? Ungesund sind die Preise für die Lebensmittel und alle sonstigen Dinge. Ungesund ist auch vielfach die Höhe des Lohnes, weil sie hinter dieser Preissteigerung weit zurückgeblieben ist.

### Arbeiterversicherung.

Die neue Ausgestaltung der Krankenversicherung auf der Grundlage der Bundesratsverordnung vom 22. November 1917 bringt manche wichtige Verbesserung. Danach ist es den Krankenkassenverwaltungen überlassen, die neu

### Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz 2. Klasse erhielten die Kollegen: Max Reitzke, Mitglied der Filiale Hamburg; Wilhelm Thoms und Wilhelm Steinfall, Mitglieder der Filiale Köln; letzterer erhielt außerdem die Badiische Verdienstmedaille.

### Unsere Filialen unter dem Kriegszustand.

Mugburg. Am 17. November fand hier eine Mitgliederversammlung statt, der man einen etwas besseren Besuch hätten wünschen können. Es wurde vom Kollegen Köhler der Massenbericht vom dritten Quartal gegeben und auf Antrag der Revisoren der Kassierer einstimmig entlassen. Die Versammlung nahm hieran anschließend einen Bericht über die letzten Verhandlungen des Verbands entgegen, der vom Kollegen Guß erstattet wurde. Neben der allgemeinen Tätigkeit der Verbandsleitung wurde besonders die Beitragserhöhung behandelt, die zum Frühjahr in Aussicht genommen ist. Am Schlusse seiner Ausführungen ging Kollege Guß noch auf die Bedeutung der im Frühjahr bevorstehenden Tarifbewegung ein und forderte zu rastloser Aufklärungsarbeit unter den in und außer Beruf arbeitenden Kollegen auf. Die anschließende Diskussion ergab eine Aussprache zunächst wegen der Uebertrittsfrage; es wurde hierbei berichtet, daß die bei der Firma Ribbing arbeitenden, bisher meist unorganisierten Kollegen zum Metallarbeiterverband übergetreten seien. Zum Weintritt in unsere Berufsorganisation seien diese Kollegen leider nicht zu bewegen gewesen. Die in Aussicht genommene Beitragserhöhung wurde sehr skeptisch beurteilt und eine ungünstige Wirkung unter den Kollegen befürchtet, die man wieder einsehen den Beschwerden der Unternehmern, die Löhne nach dem Kriege wieder zu kürzen. Kollege Guß wies darauf hin, daß alle Konferenzbeschlüsse den in der Industrie beschäftigten Kollegen und auch die bei Lohnbewegungen immer wieder gemachten Erfahrungen den Anschluß dieser Kollegen an unsere Organisation im Interesse eines geschlossenen Vorgehens empfehlen. Im vorliegenden Falle könne zunächst an der gegebenen Sachlage nichts geändert werden; doch werde sich auch hier das Bedürfnis eines einheitlichen Vorgehens im Rahmen der zuständigen Berufsorganisation bei den Kollegen geltend machen, wenn nach dem Kriege sich wieder andere Verhältnisse anbahnten. Das Bestreben des Unternehmerrums, die während des Krieges etwas gestiegenen Löhne wieder erheblich zu kürzen, müsse verhindert werden; dazu seien aber vor allem gefüllte Kassen der Organisationen notwendig. Dieser Erkenntnis, der sich bei fleißiger Aufklärungsarbeit auch die Augsburger Kollegen nicht verschließen werden, besonders wenn die Aufgabe beherzigt werde, daß auch die lokalen Ausgaben derzeitigen Einnahmen schon übersteigen. Nachdem Tage Simon zum stellvertretenden gewählt worden war, wurde mit einem Appell zu unbeschränkter Arbeit für die Rettung der Versammlung geschlossen.

### Zum seemannischen Beirat gewählt.

Wie der „Courier“, das Organ des deutschen Transportarbeiterverbandes, berichtet, hat der Vorstand der Seemannsgenossenschaft den Genossen Paul Müller einstimmig zum seemannischen Beirat des Vorstandes erwählt und ihn im besonderen mit der Aufgabe betraut, in enger Gemeinschaft mit dem Vorstand der Seemannsgenossenschaft und der organisierten Seemannschaft den Schutz für Leben und Gesundheit der deutschen Seeleute im Rahmen der bestehenden Gesetze und Bestimmungen praktisch zu fördern. Es handelt sich, wie das Blatt bemerkt, um eine neue soziale Einrichtung, die den übrigen gewerblichen Berufsorganisationen als Vorbild dienen kann und deshalb für die deutsche Seemannschaft und die gesamte deutsche Arbeiterschaft von großer Bedeutung und Tragweite ist. Genosse Müller tritt sein neues Amt am 1. Januar 1918 in Hamburg an; er werde aber seine parteipolitische und freigewerkschaftliche Tätigkeit auch in der Folgezeit fortsetzen und müsse sich auch in diesem neuen Amt als Vertrauensmann der organisierten deutschen Seemannschaft.

### Der Vorsitzende des Porzellanarbeiterverbandes.

Georg Wollmann konnte am 1. Januar auf eine fünfzigjährige Tätigkeit als Angestellter seiner Organisation zurückblicken. Wir wünschen dem Jubiläum auch für weiterhin ein erfolgreiches Wirken im Dienste der Arbeiterbewegung.

### Abstimmung im Gemeinbearbeiterverband.

Die Leitung des Gemeinbearbeiterverbandes sieht sich veranlaßt, eine Beitragserhöhung vorzunehmen oder eine Kürzung der Krankenunterstützung eintreten zu lassen. Das Vermögen des Verbandes ist während der Kriegszeit infolge der Unterstützungen von 1.716.000 auf 1.456.000 gesunken, also über eine Viertelmillion. Eine Verbandskonferenz sei daher beschloßen, die Mitglieder durch Abstimmung entscheiden zu lassen, ob der Verbandsbeitrag um weitere 10 % für männliche und 5 % für weibliche Mitglieder erhöht oder ob



gegebenen Möglichkeiten nutzbar zu machen und sie in die Praxis umzusetzen. Sonst bleiben sie wirkungslos. In der Hauptsache gestattet die Verordnung die Erweiterung der Krankenfürsorge nach zwei Richtungen: der Erhöhung des Krankengeldes und seiner Anpassung an die Familienverhältnisse der Mitglieder.

Seitdem erlaube die Reichsversicherungsordnung nur, daß die Grundlohn, die zur Bemessung der Leistungen dienen, stufenweise bis zu M. 8, wenn die Mitglieder nach Alter, Stand oder Beruf gruppiert sind, und bis zu M. 6, wenn sie in Lohnklassen eingeteilt sind, festgesetzt werden. Jetzt sind diese oberen Grenzen auf M. 8 und M. 10 hinaufgesetzt worden. Der weitaus größte Teil der Krankenkassen besteht aus sehr zweckmäßigen Lohnklassen, denen die Versicherten je nach ihrem Arbeitsverdienst zugewiesen werden. Es ist also nunmehr fest die Möglichkeit gegeben, nach oben hin Lohnstufen anzubauen, zum Beispiel für die Mitglieder mit einem Tagesverdienst von M. 5 bis M. 7, M. 7 bis M. 9 und darüber. In der höchsten Lohnklasse kann der Grundlohn auf M. 10 festgesetzt werden. Sicht die Krankenkasse das Krankengeld auf die Hälfte des Grundlohnes fest, so beträgt dieses dann M. 5 pro Tag. Es kann aber bis zu 2/3 des Grundlohnes erhöht und auch für Sonntag gewährt werden, so daß es möglich ist, das Krankengeld bis auf mindestens M. 52,50 zu steigern. Die durch die fortschreitende Entwertung des Geldes gebotene Anfügung der Lohnklassen für die Versicherten mit höherem Arbeitsverdienst verschafft diesen aber nicht nur ein höheres Krankengeld, sondern bessert auch die Geldverhältnisse der Klassen, da doch die Versicherten in den höheren Klassen auch entsprechend höhere Beiträge zu zahlen haben, die Ausgaben der Klassen für Arznei, Heilmittel usw. aber die gleichen bleiben.

Nach den bisherigen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung mußte das Krankengeld in jeder Klasse genau dem Grundlohn angepaßt sein. Das Reichsversicherungsamt hat erst kürzlich durch eine Entscheidung ausdrücklich festgesetzt, daß eine anderweitige Bemessung, zum Beispiel gleichmäßige Zuschläge für alle Klassen, unstatthaft seien. Die neue Verordnung erlaubt nicht nur solche Zuschläge, sondern gestattet auch, daß das Krankengeld für Versicherte und Ledige, sowie nach der Zahl der Kinder und sonstigen Angehörigen abgestuft wird. So kann das Krankengeld zum Beispiel für Ledige die Hälfte des Grundlohnes der zuständigen Lohnklasse betragen, für Verheiratete mit einem Kinde 60 pSt., mit zwei bis vier Kindern 70 pSt. und mit fünf und mehr 75 pSt. Auch das Hausgeld, das bei der Unterbringung eines Versicherten in eine Heilanstalt gewährt wird, kann nach der Zahl der Familienangehörigen verschieden abgestuft werden. Schließlich ist es auch notwendig, entgegen den bisherigen Bestimmungen das Wochenlohn höher als das Krankengeld zu bemessen. Alle diese Neuerungen sind eine Frucht der gegenwärtigen Bestrebungen auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik.

Es wird also nun auf die Günstigkeit und das sozialpolitische Verständnis der Massenverwaltungen ankommen, von diesen Möglichkeiten den nötigen Gebrauch zu machen. Die Vertreter der Versicherten in den Massenorganen (Vorständen und Ausschüssen) sollten überall darauf hinwirken, die Verbesserungen einzuführen. Es würde ein schlechtes Zeugnis für das Selbstverwaltungsrecht der Massen sein, wenn die mögliche Ausgestaltung nicht in der umfassendsten Weise durchgeführt würde. Da die nötigen Satzungsänderungen nur in Ausschüssen beschlossen werden können, ist es nötig, solche überall überall einzuberufen. Eine allgemeine Wehrbelastung, die zu einer allgemeinen Erhöhung der Beiträge zwingt, bringen die Verbesserungen kaum. Selbst aber für den Fall, daß eine solche nötig sein sollte, gibt auch hier die Verordnung eine Möglichkeit: sie gestattet, daß die Beiträge über 1/2 pSt. des Grundlohnes erhöht werden, wenn dies zur Gewährung von Mehrleistungen nötig ist und die Unternehmer zustimmen. Auch hierher darf, wenn es nötig ist, nicht zurückgeschreckt werden.

### Sozialpolitisches.

**Wirtschaftliche Wirkungen der Friedensverhandlungen.** Die wirtschaftlichen Wirkungen der Verhandlungen von Brest-Litowsk zeigen sich zuerst und eindringlich an der Entwindung des Preises der Reichsmark. Erhebliche Steigerungen der deutschen Zahlungsmittel sind in den letzten Tagen zu verzeichnen, nachdem schon seit November eine Senkung des Preises für fremde Zahlungsmittel, also dementsprechend eine Besserung der Reichsmark erfolgt war. Neben Umfang diese Bewegung annahm, läßt folgende Zusammenstellung erkennen:

	Denkm.	Dänem.	Schweiz.
	100 Gulden	100 Kronen	100 Frank
14. Juli 1914	169	112,15	81,80
29. Januar 1916	236,25	148,75	101,82
Ende Dezember 1916	239	163,35	117
März 1917	248	170,25	128,50
Oktober 1917	315	220,25	157
November 1917	290	220,25	158,62
21. Dezember 1917	226	170,25	128,62
31.     "     1917	220,50	161,75	117,62

Vor allem hat die völlige Verschiebung unserer Handelsverhältnisse, wie sie die Unterbindung des größten Teiles unserer Ausfuhr und das Vorherrschende eines beträchtlichen Einfuhrüberschusses mit sich brachte, die Verschlechterung des Reichsmarkpreises bewirkt; neben andern Einflüssen, die den Anstieg des Marktpreises verschärften, machte sich sehr eine Spekulation in deutschen Marknoten geltend, die teils reine Gewinnzwecke verfolgte, zu einem andern Teil aber politische Absichten verfolgte. England hat planmäßig auf den Kurs der deutschen Mark gedrückt, um den Einfluß der finanziellen Schwäche Deutschlands zu erweiden. Selbst der Wasserstand mit Rußland wahrscheinlich wurde, schickte an den neutralen Märkten nicht nur das Vertrauen zur Finanzkraft Deutschlands kräftiger hervor, sondern auch die Spekulation, die sich vorher der nicht kühnen Ausnutzung der rückgängigen Tendenz für deutsche Zahlungsmittel ausgiebig gewidmet hatte, sah sich wohl aber über genügend, angesichts der militärischen und poli-

tischen Verhältnisse der gegenwärtigen Marklage Rechnung zu tragen. Bei der schnellen Besserung äuferten sich dann wohl auch spekulative Momente, nur in einer andern, und diesmal genehmigern Richtung.

**Nachuntersuchung fertiger Wäsche.** Der Kriegsausbruch für tierische und pflanzliche Öle und Felle hat nun nach Zeitungsnachrichten, zum Teil wohl dank der Vorstellungen der Reichswehrlieferungsstelle, die bereits zum Handel zugelassenen fertigen Wäschemittel einer Nachuntersuchung unterzogen und sie namentlich daraufhin geprüft, ob sie infolge ihrer Zusammensetzung die Weibstoffe mehr als unvermeidbar angreifen oder durch irreführende Beschriftungen oder Anpreisungen über die Minderwertigkeit hinwegtäuschen. Damit wird eine Forderung erfüllt, die der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen seit langem erhoben hat. Es ist zu hoffen, daß durch unmaßsichtigen Ausschluß aller minderwertigen Wäschemittel die im Kriege doppelt wertvollen Wäschebestände vor dem allzu schnellen Untergang bewahrt bleiben. Es ist aber auch dringend nötig, die Untersuchung auf die A.-A.-Seifenpulver auszudehnen, von denen einige der Wäsche allzu sehr Schaden tun.

### Genossenschaftliches.

**Ueberflüssige Zwischenglieder.** Die Kräfteverteilung und Kräftevergeudung, die im privaten Handel vor sich geht, hat wohl den ersten Anstoß zu der Regelung unserer Güterverteilung gegeben. Man fragt sich, ob es wohl nötig sei, so viele überflüssige Zwischenglieder zu beschäftigen, anstatt die Heranschaffung und Verteilung der Waren zu organisieren. Aus dieser Erwägung heraus entstanden die ersten Konsumvereine. Im Laufe der Zeit hat die Ueberzeugung, daß eine Kräfteersparnis im Handel eintreten könne und müsse, in den weitesten Kreisen Wurzeln gefaßt. Der bekannte Berliner Großkaufmann und Großindustrielle Walter Rathenau hat in einem Buche: „Von kommenden Dingen“ diesen Gedanken Ausdruck gegeben. Er weist darauf hin, daß die Tätigkeit der Händler der Volkswirtschaft mehr Schaden als Nutzen bringe, indem sie Hunderttausende schaffensfähiger Kräfte in einer Beschäftigung aufbrauche, die von ein paar Tausenden erfüllt werden könnte. Besonders durch das Anbieten und Anpreiseln von Waren, das durch zahlreiche Geschäftsreisen ausgeübt werde, gingen alljährlich Millionen von Arbeitstagen und ungezählte Millionen von Mark verloren, die bei einer vernünftigen Organisation gespart werden könnten. Wörtlich heißt es dort:

Solange es in einer Wirtschaftsgemeinschaft Ergüsse gibt, die auf dem Wege vom Hersteller bis zum Verbraucher um mehr als ein Viertel, bisweilen um die Hälfte, gegenläufig auf das Doppelte des Preises sich verteuern, ist das Handelsystem tief reformbedürftig. Nicht die Schonung des Verbrauchers ist hier das Höchstwertstrebende, sondern das überflüssige Hin und Her der Ware, das übermäßige und zündende Aufkommen der Lager, das überflüssige Anbieten, Feilschen und Märkten zwischen den einzelnen Stufen des Handelsweges, vor allem das übertriebene Heben der Bequemlichkeit des Käufers, den der Weg bis zur nächsten Straßenecke zu lang erscheint, der steten Detaillisten verlangt, wenn in einem Häuserviertel ein einziger genügt, der spät, mehrfach gemahnt oder gar nicht mahnt. Diese leicht zu beseitigenden Reibungen des Handels erfordern einen ungemessenen Aufwand an nationaler Arbeit und Kapitalaufwendung, der erspart und der Landesverzeugung zugeführt werden muß. Es ist nicht gleichgültig, sondern Sache der Nationalwirtschaft und der Gesetzgebung, ob die Arbeitsleistung eines Armeekorps aufgewendet werden darf, um die Verteilung des Tabaks, des Schreibepapiers und der Seife in einer Großstadt zu sichern.

Technischen Erwägungen begegnet man überall in den Kreisen denkender Volkswirte, und überall erschallt der Ruf nach einer Ausschaltung überflüssiger Zwischenglieder. Es wäre aber verkehrt, hier auf das Eingreifen der Gesetzgebung zu warten; der Weg der Selbsthilfe, der Beitritt zu den Konsumgenossenschaften, führt da viel rascher und sicherer zum Ziele.

### Vom Ausland.

**Große Arbeitslosigkeit im dänischen Malergewerbe.** Wie uns aus Kopenhagen mitgeteilt wird, ist die geschäftliche Lage unseres Gewerbes seit Monaten eine äußerst ungünstige. Seit Anfang Oktober machte sich größere Arbeitslosigkeit bemerkbar, die von Woche zu Woche zunahm. In der Woche vor Weihnachten waren mehr als 2500 Kollegen arbeitslos, für die über Kr. 88 000 Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt wurden. Da bekanntlich der Staat und die Gemeinden für die zu Unterstühenden Zuschüsse gewähren, kann die Unterstützung wesentlich erhöht werden. Beheiratete Kollegen erhalten wöchentlich Kr. 15,75 und monatlich einen Mietzuschuß bis zu Kr. 35; ledige Mitglieder erhalten Kr. 14 die Woche.

**Reichskonferenz der österreichischen Gewerkschaften.** Die der österreichischen Gewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralverbände haben eine Reichskonferenz im Dezember vorigen Jahres abgehalten, um zu verchiedenen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Zur Frage der Arbeitsvermittlung nach dem Kriege fordert die Konferenz die Errichtung öffentlicher, paritätisch verwalteter Arbeitsnachweise. Ferner wird die Gewerkschaftskommission aufgefordert, im Verein mit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichsrat einen Entwurf eines Arbeits-Tammergeßes auszuarbeiten und dem Parlament einzubringen. — Um den steigenden Ausgaben, hervorgerufen durch höhere Preise aller Materialien und den vermehrten Aufgaben, gerecht werden zu können, bedarf die Gewerkschaftskommission größerer Mittel. Um diese für die Zukunft sicherzustellen, wurde beschlossen, die Beiträge der Zentralverbände an die Kommission von einem auf zwei Heller pro berechnete Wochenmarke zu erhöhen. — Nach

deutschem Vorschlag wurde eine neue Adhäsionskonferenz „Vorständekonferenz“ einberufen, die man bei der Uebergangswirtschaft in Wirksamkeit soll. Mit der Annahme einer Friedensresolution die Konferenz geschlossen.

### Verschiedenes.

**Zum Schutze des Stadt- und Landschaftsbildes verunfallende Reklamezeichen** erließ die Hauptkommission zu Hamburg am 22. Dagegen nachstehende Bekanntmachung:

Unter Hinweis auf die Besugnis der Hauptkommission gemäß § 2 des Baupolizeigesetzes vom 8. 21 wird hierdurch öffentlich bekanntgemacht, daß es worden ist, nach Beendigung des Krieges planmäßig die dauernde Beibehaltung von Reklamezeichen, die sind, das Straßenbild zu verunstalten, Einspruch haben, mit der Wirkung, daß solche Reklamezeichen halb einer näher zu bestimmenden Frist zu entfernen Eigentümer von beschädigten, zerbrochenen oder sonstig gewordenen Reklamezeichen werden auf die stehenden Maßnahmen aufmerksam gemacht und Sparung von Kosten für Ausbesserung von beschädigten Reklamen im eigenen Interesse darauf hingewiesen es rasam ist, vor Ausführung von Instandsetzungen die Entscheidung der Baupolizeikommission durch die Anzeiger über die beabsichtigte Wiederherstellung Reklamen bei der Baupolizeibehörde, Admiralitäts Rathhaus, darüber herbeizuführen, ob das Reklamezeichen beibehalten werden kann oder nicht Anzeigen sind Unterlagen beizufügen, die den Um die Art der beabsichtigten Wiederherstellung lassen.

Dies Vorgehen dürfte auch in andern Städten abnahme finden; denn eine gesunde Regelung auf die der Reklamezeichen wäre schon vor dem Kriege dringende Notwendigkeit der städtischen Baupolizei gewesen.

### Fachtechnisches.

**Reklamebuchstaben aus Zement und Glas** die Herstellung von Glasbuchstaben aus Glas durch Zementplatten verstärkt werden, hat sich bei Glasbuchstabenfabrik Bahl, G. m. b. H., Bahl, G. Wort „Besta-Glas“ schützen lassen. Das Besta-Glas auch zur Herstellung von Wandbelägen, Tafelbelägen, Gebelstafeln, Schildern und dergleichen Anwendung finden.

### Literarisches.

**„Die Glocke“**, Sozialistische Wochenschrift, geber: Wagnus (Verlag für Sozialwissenschaft, G. Berlin SW 48). Das eben erschienene Heft 89 enthält folgende Artikel: Dr. Paul Zisch, M. d. R.: Die Dogmen und die Revolution der Verachtung; Wendel, M. d. R.: Serbien und Montenegro; Herr M. d. R.: Die deutsche Textilindustrie in der Konrad Gaensisch: Bücher zur Zeitgeschichte; Bruno Die religiöse Renaissance; Aug. Winnig: Ueber die dichtung. Arthur Hilder: Bruder, ich denke an Glossen. Einzelhefte 80 A, vierteljährlich M. 8,50 Buchhandlungen und Postanstalten.

### Sterbetafel.

**Machen.** Am 29. Dezember starb nach längerer unfer langjähriges Mitglied August Die Alter von 61 Jahren.  
**Berlin.** Am 21. Dezember starb der Kollege Rastan, geboren am 16. Januar 1855 in Am 31. Dezember starb der Kollege Rudolph geboren am 21. September 1874 in Gbing.  
**Frankfurt a. M.** Am 26. Dezember verstarb a leiben unfer treuer Kollege Georg Ber Alter von 26 Jahren.  
**Wiesbaden.** Am 21. September verunglückte Karl Wender (45 Jahre alt) aus Sonnent — Am 14. Oktober verstarb der Kollege H. C aus Wiesbaden im Alter von 58 Jahren an tarierkrankheit. — Am 8. Dezember verstarb d Fr. R. S. G. n. er aus Wiesbaden im Alter von infolge eines Unfalles.

Chre ihrem Andenken!

### Vereinstell.

**Bericht**  
**der Hauptklasse vom 17. Dez. 1917 bis 3. Jan**  
Eingelandt haben: Werdan M. 100, Bayer Reife 25, Ingolstadt 58,49, Schwerin 119,54, Gau Nord 30, Brandenburg 31,35, Schleswig 50, Flen Gölitz 90, Gotha 298,41, Grünberg 90, Ga Meerane 65,10, Geln 50, München 87,00.  
Damit sind die Einnahmen für das 4. Du geschlossen.

Die Woche vom 13. bis 19. Januar ist die trageweche.  
G. Wender, R

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer „Correspondenzblatt“ bei.